

DGB distanziert sich

Neuer Protestmarsch ohne die Gewerkschaft

ASTA wendet sich an Bürger — Schüler beraten heute.

Die für Donnerstag geplante Protestdemonstration wird — wenn überhaupt — ohne Beteiligung des Deutschen Gewerkschaftsbundes stattfinden. Kreisvorsitzender Janzen distanzierte sich gestern von der Zusage, die die Gewerkschaftsjugend am Samstag Studenten und Schülern gegeben hatte. Rolf Janzen zur WAZ: „Wir können die Verantwortung für eine so große Aktion nicht übernehmen!“

In einer Stellungnahme verweist Janzen auf einen Beschluß, den der DGB-Kreisvorstand am Freitag faßte. Darin heißt es, der Gewerkschaftsbund wolle in Kürze — möglichst zusammen mit Studenten, Schülern und Straßenbahn — eine Kundgebung in der Ruhrland-Halle durchführen, die sich gegen die Steuerpolitik des Bundes richtet.

Abgeordnete erinnern

Gemeint ist die Einführung der Mehrwertsteuer auch für öffentliche Nahverkehrsbetriebe. Gleichzeitig richtet sich die Kundgebung gegen das Land

NRW. „Sie soll die Abgeordneten daran erinnern, daß den Nahverkehrsbetrieben die Kosten für Sozialtarife endlich erstattet werden müssen!“

Dann geht die Stellungnahme auf die Verhandlung vom Samstag ein. „Die weitergehende Erörterung der Vertreter der Gewerkschaftsjugend mit den Vertretern der Schüler-Mitverwaltung und des ASTA kann mit den Beschlüssen des DGB-Kreisvorstandes nicht in Einklang gebracht werden. Die Beteiligung des DGB an einer Demonstration am Donnerstag ist schon aus organisatorischen Gründen nicht möglich.

Studenten: Wir demonstrieren

Der ASTA beschäftigte sich gestern mit der neuen Situation und gab später eine Erklärung heraus. Hierin heißt es: „Die Studentenschaft mißbilligt das Verhalten des DGB, durch das die ganze Protestveranstaltung gegen die Fahrpreiserhöhung in Frage gestellt wird. Die Studentenschaft bedauert es außerordentlich, daß es der Gewerkschaft nicht möglich war, ihren Vertretern bei dem Gespräch am Samstag einen Verhandlungsspielraum zuzubilligen, der für das Zustandekommen eines für alle Seiten akzeptablen Kompromisses notwendig gewesen wäre.“

Dann beschäftigt sich die Studentenschaft mit dem Beschluß

des DGB-Kreisvorstandes vom Freitag. Hier seien Zeitpunkt und Form einer gemeinsamen Demonstration in einer Weise festgelegt worden, die einer Zusammenarbeit im Wege stehe.

Weiter wörtlich: „Wir sind dennoch der festen Überzeugung, daß große Teile der DGB-Mitglieder und der Bevölkerung unseren Protest gegen die unsoziale Politik des Landes und des Bundes unterstützen und rufen zur Teilnahme an der Demonstration am Donnerstagnachmittag auf!“

Haltung ungewiß

Die tatsächliche Durchführung der Aktion hängt weitgehend von der Haltung der Schüler ab.

Die Bezirkssprecher Emschertal und Gelsenkirchen erklärten am Montag, sie wollten sich der Protestveranstaltung des DGB anschließen, die für Mitte März geplant ist. Die Bochumer Schulsprecher werden wahrscheinlich heute eine Entscheidung treffen. Im Grunde genommen haben sie sich freilich schon festgelegt: Auf ihrer Versammlung in der vergangenen Woche in der Verwaltungsakademie machten sie ihre Beteiligung an weiteren Protestveranstaltungen von einem Zusammengehen mit dem DGB abhängig.

Die Aktionen gegen die Fahrpreiserhöhung waren gestern auch Thema einer Zusammenkunft in der Graf-Engelbert-Schule. Bernd Büdenbender und Norbert Berger informierten 500 Kameraden über die bisherige Entwicklung. Oberstudienrat Pamplun warnte vor den Gefahren weiterer Demonstrationen und rief zur Ruhe und Besonnenheit auf.

M. Th.